

Frage Nr. 1318 von Herrn LAMBERTZ (SP) an Ministerpräsident PAASCH zu den Rahmenbedingungen für den Haushaltspfad der DG

Die Föderalregierung hat Ende April 2023 den belgischen Haushaltspfad für die kommenden Jahre bei der EU-Kommission eingereicht. Dieser beeinflusst auch die Haushaltsperspektiven der Regionen und Gemeinschaften. Ihrerseits hat die EU-Kommission vor kurzem Vorschläge zu einer begrenzten Flexibilisierung der europäischen Haushaltsregeln vorgestellt, die unter anderem eine auf die individuelle Situation der einzelnen Mitgliedsstaaten zugeschnittene Vorgehensweise für die Festlegung zukünftiger Haushaltspfade vorsieht.

Dazu meine Fragen:

1. Welchen Einfluss hat der von der belgischen Föderalregierung bei der EU-Kommission hinterlegte Haushaltspfad auf die zukünftigen Haushaltspläne der DG?
2. Wie beurteilen die belgischen Regierungen die Kommissionsvorschläge zur Anpassung der europäischen Haushaltsregeln?
3. Welchen Standpunkt vertritt in diesem Zusammenhang die Regierung der DG, insbesondere bezüglich der in Zukunft nur noch begrenzt möglichen Neutralisierung von Investitionen bei der Berechnung von Haushaltsdefiziten und Schuldenständen?

Frage Nr. 1319 von Herrn BALTER (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zur Reform der EU-Haushaltsregeln

Am 26. April hat die EU-Kommission einen weiteren Reformvorschlag der europäischen Haushaltsregeln vorgestellt. Den Mitgliedsstaaten sollen individuelle Wege eingeräumt werden, um Schulden und Defizite langfristig zu senken. Die Überwachung der Umsetzung soll vereinfacht und Verstöße leichter geahndet werden können.

Die Pläne sollen insgesamt dazu beitragen, die wirtschaftliche Stabilität und Nachhaltigkeit in der Europäischen Union zu stärken und die Mitgliedstaaten besser auf zukünftige Krisen vorzubereiten.

Für Belgien könnten die EU-Reformvorschläge bedeuten, dass das Land möglicherweise eine strengere Überwachung seiner Haushaltsdisziplin durch die Europäische Union erfahren wird. Insbesondere könnte die EU vorschlagen, dass Belgien seine öffentlichen Ausgaben einschränken und seine Schulden verringern muss, um langfristig nachhaltige Finanzen zu gewährleisten. Mit einer hohen Verschuldung, einem großen Defizit und stetig steigenden öffentlichen Ausgaben ist die Ausgangslage für Belgien denkbar schlecht.

Ein weiterer Aspekt der Reformvorschläge betrifft die Verwendung von EU-Mitteln. Wenn die Reformen umgesetzt werden, könnten die Mitgliedstaaten, einschließlich Belgien, verpflichtet werden, ihre Verwendung von EU-Mitteln genauer zu überwachen und zu dokumentieren, um sicherzustellen, dass sie den europäischen Vorgaben entsprechen.

Insgesamt sind die genauen Auswirkungen der EU-Reformvorschläge auf Belgien und andere Mitgliedstaaten noch nicht vollständig bekannt. Der endgültige Plan muss noch ausgearbeitet und von den EU-Mitgliedstaaten angenommen werden, könnte aber theoretisch bereits 2024 in Kraft treten. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die Reformen bedeutende Auswirkungen auf die Haushaltsdisziplin und die Verwendung von EU-Mitteln in Belgien haben werden. Hinzu kommen steigende

Zinsen und dies bei einer sehr hohen Verschuldung des Föderalstaats und der Gliedstaaten.

Anzumerken ist hierbei, dass kürzlich die IWF und vor längerem bereits die EU-Kommission Belgien aufgefordert haben die hohen Staatsausgaben unter Kontrolle zu bringen.

Hierzu lauten meine Fragen:

1. Was ist Ihre Meinung zu den angekündigten Reformen?
2. Inwiefern könnten die Reformen die Deutschsprachige Gemeinschaft unmittelbar betreffen?
3. Wurde diesbezüglich bereits im Konzertierungsausschuss oder ähnlichen Gremien diese neue Regelung angesprochen?

Antwort des Ministerpräsidenten auf die Fragen Nrn. 1318 und 1319:

Die europäische Kommission hat vor genau 2 Monaten, am 08. März 2023, ihre haushaltspolitischen Zielvorgaben für die Mitgliedsstaaten der EU veröffentlicht. Unser Land wurde darin aufgefordert, das konsolidierte Defizit des Staatshaushaltes bis 2026 auf unter 3 % des BIP zu senken.

Der belgische Hohe Finanzrat hat am 07. April 2023 drei unterschiedliche Szenarien mit Haushaltspfaden für den Föderalstaat und die Gliedstaaten vorgeschlagen, die es unserem Land erlauben sollten, die von der EU-Kommission vorgegebenen Ziele konsolidiert zu erreichen.

Mit diesen 3 Szenarien haben wir uns dann in der IMK der belgischen Finanzminister intensiv beschäftigt.

Als DG haben wir uns selbstverständlich aktiv an diesen Diskussionen beteiligt. Ich habe daran erinnert, dass wir als erste Gemeinschaft unseres Landes schon im April 2020, unmittelbar nach dem Ausbruch der Coronakrise, einen krisenbedingt angepassten Haushaltspfad erarbeitet hatten.

Ich habe für die DG vorgeschlagen, den laufenden Haushalt schon im Jahre 2025 wieder ins Gleichgewicht zu bringen und nach 2028 komplett auf die Neutralisierung von Investitionen zu verzichten.

Wir haben der belgischen Finanzministerkonferenz exakt die Haushaltszahlen und Haushaltsziele unterbreitet, die ich Ihnen hier am 24. April vorgestellt habe, die in unserer langfristigen Finanzplanung stehen und über die wir gleich im Ausschuss sprechen werden. In diesen Planungen sind auf den EUR genau für jedes einzelne Jahr alle Haushaltsziele der DG enthalten.

Und ich darf Ihnen mitteilen, darauf kommt es an, dass die belgische Finanzkonferenz keinerlei Einwände gegen unseren Haushaltspfad, keinerlei Einwände gegen unsere Haushaltsziele hatte. Die belgische Finanzkonferenz hat den Haushaltspfad der DG, so wie wir ihn vorgeschlagen hatten, 1 zu 1 in das belgische Stabilitätsprogramm 2023-2026 übernommen. Der Konzertierungsausschuss hat dieses belgische Stabilitätsprogramm dann vor einer Woche, am 28.04.2023, offiziell zur Kenntnis genommen und fristgerecht an die europäische Kommission weitergeleitet.

Der im Konzertierungsausschuss abgestimmte, bei der EU hinterlegte belgische Haushaltspfad 2023-2026 steht im Einklang mit den Regierungsbeschlüssen des Föderalstaates, der Gemeinschaften und Regionen, also auch der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Wenn sich alle Partner an dieses Stabilitätsprogramm halten, kann das konsolidierte Haushaltsdefizit des belgischen Staates, wie von der EU gefordert, bis 2026 auf unter 3 % des BIP gesenkt werden.

Ensemble des pouvoirs publics	2023	2024	2025	2026
Solde nominal	-5,1%	-4,2%	-3,3%	-2,9%
Solde structurel	-4,6%	-3,8%	-3,0%	-2,7%